Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 76

Artikel: Die Ausgegrenzten des A-Zugs und das Versprechen der integrativen Schule

Autor: Crain, Fitzgerald

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055507

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fitzgerald Crain

Die Ausgegrenzten des A-Zugs und das Versprechen der integrativen Schule

Es existiert ein grundlegender Widerspruch in der Bildungspolitik. Auf der einen Seite haben wir das Versprechen einer integrativen Schule. Dem gegenüber steht die praktizierte Exklusion in einer selektiven Schule, wie sie beispielhaft in der baselstädtischen Sekundarschule I (7. bis 9. Schuljahr) zum Ausdruck kommt. Diese kennt drei Leistungszüge: einen progymnasialen P-Zug, einen E-Zug für die mittlere Leistungsgruppe sowie den A-Zug, in dem die Leistungsschwächsten unterrichtet werden – jene, die tendenziell eine geringere berufliche Zukunftsperspektive haben und Gefahr laufen, ausgegrenzt und abgehängt zu werden. Exklusion ist kennzeichnend für die postmoderne Gesellschaft. Exklusion ist ein Schlüsselbegriff der modernen Soziologie (z. B. Baumann 2005) – während Inklusion ein Leitbegriff der modernen Pädagogik ist.[1]

Auf dem Weg zur integrativen Schule

Erste Sonderschulklassen gab es in Basel-Stadt von 1888 an in Form von Schwerhörigen-, Geistigbehinderten- oder Sehschwachenklassen und als spezielle «Beobachtungsklassen» für «verhaltensgestörte» Kinder und Jugendliche. Die Sonderklassen erhielten 1963 ein eigenes Rektorat. Mit der administrativen Aufwertung anerkannte man, dass Schüler und Schülerinnen, die den Unterricht in einem Übermass störten oder die eine schwere Behinderung hatten, in einem geschützten Raum von besonders ausgebildeten Fachpersonen unterrichtet werden sollten. Aber die Haltung der Gesellschaft war keineswegs nur von Fürsorge geprägt. Die Einrichtung von

Sonderklassen erlaubte es der «Regelschule», Kinder loszuwerden, die den Unterricht hemmten, störten oder blockierten. Das System von Regel- und Sonderschule war lange unbestritten, kam jedoch von den 1970er-Jahren an immer stärker unter Druck. Die UNESCO-Weltkonferenz 1994 in Salamanca forderte eine am Inklusionsgedanken ausgerichtete «Pädagogik der Vielfalt». 2006 wandte sich eine UNO-Konvention gegen die Diskriminierung von Menschen mit einer Behinderung und verlangte, dass allen Menschen die aktive Teilnahme an sämtlichen Lebensbereichen garantiert werden müsse. Die Schweiz ratifizierte die Konvention 2014 und forderte die Kantone auf, die öffentliche Schule als eine grundsätzlich integrative einzurichten. Die integrative Schule ist ein emanzipatorisches Projekt: Alle Kinder und Jugendlichen sollen an ihren individuellen Möglichkeiten gemessen und individuell gefördert werden, sodass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die integrative Schule ist auch ein partizipatives Projekt. Lernen wird als Lernen in Gemeinschaft und für die Gemeinschaft mit anderen verstanden.

Die sozioökonomischen Verhältnisse von 1945 bis Ende der 1970er-Jahre

Die industrialisierten Länder des Westens zwischen 1945 und dem Ende der 1970er-Jahre waren weitgehend «nivellierte Mittelstandsgesellschaften» (Reckwitz 2020) mit einer politisch und kulturell bestimmenden Mittelschicht, einer schmalen Ober- und einer relativ kleinen Unterschicht. Die intergenerationelle Mobilität war relativ hoch. Arbeitslosigkeit war in der Regel eine vorübergehende Phase in der Berufsbiografie. Es gab gesellschaftlich anerkannte soziale Sicherheitsnetze. Linke wie Bürgerliche neigen dazu, diese Zeit eines sozialen Kapitalismus zu idealisieren. Es war aber keineswegs eine Welt, die zum Beispiel auch nur annähernd inklusiv war. Den Fremden begegnete man tendenziell abwehrend – die sogenannte Schwarzenbach-Initiative wurde 1970 von immerhin 46 Prozent der Stimmberechtigten angenommen. Die Schweizer Frauen blieben von der politischen Teilhabe bis 1971 ausgeschlossen.

Das damalige Schulsystem bildete die sozioökonomischen Verhältnisse und die Kultur der Zeit vor 1968 ab. Die Basler Mittelschule war dreigliedrig. Auf vier Jahre Primarschule folgte das Gymnasium, wo vorwiegend die Kinder der Ober- und höheren Mittelschicht unterrichtet wurden. Die Realschule war für jene gedacht, die eine anspruchsvolle Lehre beginnen, die Sekundarschule für die Schülerinnen und Schüler, die eine weniger an-

spruchsvolle Ausbildung absolvieren würden.[2] Das System reproduzierte die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur, es verstärkte und legitimierte sie zugleich. Es war ein ungerechtes System. Aber auch wer geringere Bildungsvoraussetzungen mitbrachte, fand nach der Schule ein Auskommen in der Arbeitswelt, die in erster Linie von der Industrieproduktion geprägt war. Die industrielle Massenproduktion setzte höhere Bildungsabschlüsse nicht zwingend voraus.

Der Aufbruch von 1968 hatte unter anderem eine tiefgreifende kulturelle Liberalisierung zur Folge. Es ging immer weniger darum, dass sich die Einzelnen an eine Norm anpassten und diszipliniert ihre Pflicht erfüllten. Im Zentrum stand vielmehr die Idee, dass der einzelne Mensch seine in ihm angelegten Möglichkeiten optimal entwickeln sollte. Diese Idee der Selbstentfaltung und der individuellen Förderung verband sich in der Basler Schulreform der 1980er-Jahre mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit. Nach der vierjährigen notenfreien Primarschule folgte eine dreijährige Orientierungsstufe, die als Gesamtschule konzipiert war. Daran schlossen eine Weiterbildungsschule einerseits, das fünfjährige Gymnasium andererseits an. Die Schulreform wurde von der Lehrerschaft mehrheitlich mitgetragen und von linken Parteien unterstützt.

Von der Moderne zur Postmoderne

Die sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse änderten sich radikal mit den 1980er-Jahren. Mehrere Faktoren trieben die Transformation der modernen hin zu einer postmodernen Gesellschaft voran. Die Industrieproduktion ging stark zurück oder sie wurde in Länder des Globalen Südens ausgelagert. Die Industriegesellschaft wandelte sich zur modernen Dienstleistungsgesellschaft. Diese Entwicklung wurde von einer Bildungsexpansion begleitet. Je wichtiger der tertiäre Bereich wurde, umso bedeutsamer wurde die Wissensarbeit, umso bedeutsamer waren höhere Bildungsabschlüsse. Nicht zuletzt veränderten sich die politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse. Zuerst in den USA unter Ronald Reagan und in Grossbritannien unter Margaret Thatcher, dann wurde die Wirtschaft global dereguliert. Soziale Netze wurden abgebaut. Wer arbeitslos wurde, trug im neoliberalen Verständnis dafür selbst die Verantwortung. Wer Sozialhilfe bezog, war jetzt mit dem Makel behaftet, faul und ein «Sozialschmarotzer» zu sein.

Neu bildete sich laut Reckwitz seit den 1980er-Jahren auch eine eigentliche Klassenstruktur heraus, wobei sich die verschiedenen Klassen im Hin-

blick auf Einkommen und Vermögen, aber auch hinsichtlich des Lebensstils und der politischen Ausrichtung immer stärker auseinanderentwickelten. Aus der früher dominanten Mittelschicht heraus entstand eine neue Mittelschicht, gut ausgebildet, urban, an Kultur interessiert, oft geografisch mobil und politisch liberal, linksliberal oder ökologisch wählend. Ein anderer Teil der alten Mittelschicht, oft in wirtschaftlich abgehängten und eher ländlichen Gebieten wohnhaft, fühlt sich kulturell der Wissensgesellschaft gegenüber in der Defensive und von Prestige- und Statusverlust bedroht. Politische und kulturelle Ressentiments sind tendenziell ausgeprägt, politisch wählt man eher konservativ und national. Es bildete sich im Weiteren eine Oberschicht der Superreichen, die weltweit einen immer grösseren Teil der Einkommen und Vermögen für sich beansprucht. Schliesslich entstand eine neue Unterschicht. Sie ist zahlenmässig viel grösser als in den Jahrzehnten nach 1945. Es gehören ihr jene an, die oft von staatlicher Unterstützung leben, über schlechtere oder keine Bildungsabschlüsse verfügen und schlecht bezahlten Tätigkeiten nachgehen, ohne sozial abgesichert zu sein. Ihre Lebensperspektive ist eingeschränkt, der Zeithorizont, nach dem sie leben, tendenziell kurzfristig. Es sind die Ausgegrenzten, tendenziell die Überflüssigen der Moderne (Baumann 2005).

Die Schulreform im Gefolge des Bildungsartikels

2004 hiessen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Bildungsartikel mit einem Ja-Stimmenanteil von 86 Prozent gut. Das Schuleintrittsalter, die Dauer und die Ziele der Bildungsstufen sollten gesamtschweizerisch harmonisiert werden. Die kaum kontrovers diskutierte Aufnahme des Bildungsartikels in die Verfassung bildete nun den Ausgangspunkt für weitreichende Veränderungen in der Bildungspolitik. Dabei lassen sich zwei entgegengesetzte Entwicklungslinien unterscheiden. Die Einrichtung einer integrativen Schule repräsentiert die Fortführung des emanzipatorischen Projekts. Die Sonderklassen (bzw. Kleinklassen) wurden in Basel-Stadt aufgelöst. Integrativer Unterricht ist die Regel, in Ausnahmefällen stehen an drei Standorten Spezialangebote (SpA) zur Verfügung. Die andere Entwicklungslinie orientiert sich an den Erfordernissen einer auf Konkurrenz, ausschliesslicher Leistungsorientierung und Eliteförderung beruhenden hierarchisch organisierten Dienstleistungsgesellschaft. Für die baselstädtische Schulreform von 2009 bedeutete dies: Auf eine sechsjährige Primarschulzeit folgen die Sekundarschule I mit einer Dauer von drei Jahren sowie die gymnasiale Sekundarschule II. Vor allem aber: In der Sekundarschule I wird das

alte dreigliedrige System, das man mit der fortschrittlichen Schulreform der 1980er-Jahre aufgegeben hatte, neu aufgelegt.

Es besteht nun ein grundlegender Widerspruch zwischen der Idee der integrativen Schule und den Erfordernissen einer auf Konkurrenz beruhenden Leistungsgesellschaft. Der integrativen Schule entspricht die Forderung, dass jedes Kind an seinen individuellen Möglichkeiten zu messen sei. Kooperation und Gemeinschaftserleben werden grossgeschrieben. Dieser Idee entgegengesetzt sind das Konkurrenzdenken, die durchgehende vergleichende Leistungsmessung sowie der Nützlichkeitsgedanke, gemäss dem die Schule primär auf die Erfordernisse der modernen Arbeitswelt vorbereiten soll. Dieser innere Widerspruch prägt die Schule durchgehend, auf der Ebene der Kinder, der Lehrpersonen und der Eltern. Am wenigsten spürbar ist er in den ersten Primarschuljahren, am stärksten wirkt er sich in der Sekundarschule I aus – umso stärker, je näher die Frage der Berufswahl und des Übertritts auf eine höhere Schulstufe kommt. Leistungsstress, Burnout, Depressionen und anderes nehmen zu, sowohl bei den Lehrpersonen als auch bei den Schülerinnen und Schülern.

Der innere Widerspruch manifestiert sich vor allem im A-Zug der Sekundarschule I. Im A-Zug werden die leistungsschwächsten und die verhaltensauffälligsten Jugendlichen unterrichtet. Basel-Stadt hat die Sonderschule zwar abgeschafft. Der A-Zug jedoch entspricht von der Problematik und vom Leistungsniveau der Schüler und Schülerinnen her in hohem Mass der alten Kleinklasse beziehungsweise Sonderschule. Die beruflichen Perspektiven sind heute jedoch begrenzter als in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg, schlechte oder gar fehlende Bildungsabschlüsse wirken sich stärker aus. Viele Jugendliche im A-Zug werden sich mit schlecht bezahlten, prekären Tätigkeiten im Dienstleistungssektor abfinden müssen. Sie laufen zudem schon während der Schulzeit Gefahr, mit dem Stigma der Ausgegrenzten versehen zu werden. Ausgegrenzt werden sie von den anderen Schülerinnen und Schülern oft nicht zuletzt deshalb, weil die Möglichkeit, die Stelle und den Status zu verlieren und überflüssig zu werden, heute fast jeden und jede treffen kann. Die Jugendlichen des A-Zugs stehen stellvertretend für die allgemeine Angst vor dem sozialen Abstieg.

Der Widerspruch zwischen dem Versprechen der integrativen Schule und einer Schule, die sich an einer im Hinblick auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebenschancen ungleichen Zukunft orientiert, ist systemimmanent. Er ist im Rahmen des Kapitalismus nicht aufzulösen. Was tun? Die totale Integration sprich Inklusion muss unter den herrschenden Bedingungen scheitern. Wer die totale Integration fordert, leugnet die ge-

sellschaftlichen Widersprüche. Zurück zum alten System der 1950er- und 1960er-Jahre, mit einer Wiedereinführung des alten Kleinklassen- und Regelschulsystems? Es wäre das Eingeständnis, dass das emanzipatorische Projekt gescheitert ist. Was also ist die Konsequenz? Das Versprechen der integrativen Schule muss ernst genommen werden. Die Gesellschaft hat sich grundsätzlich und explizit zur Idee und zum Konzept der Integration bekannt. Das verpflichtet und darauf kann und soll sich die Schule berufen. Man muss sich jedoch zugleich auf der Ebene der Lehrpersonen, der Schulleitungen und der Bildungspolitik der inneren Widersprüche bewusst sein. Ich vermute, dass es gerade der zum inneren Konflikt gewordene systemische Widerspruch ist, der sich für Lehrpersonen (sowie Schülerinnen, Schüler und Eltern) deshalb zerstörerisch auswirkt, weil er oft unerkannt wirkt und Teil des institutionellen Unbewussten wird. Es braucht deshalb ein gemeinsames Nachdenken über die politischen Faktoren, die auf den Schulalltag einwirken. Wird man sich der systemimmanenten Widersprüche bewusst, so entlastet dies die Lehrpersonen vom Gefühl, fremden und unerkennbaren Einflüssen hilflos ausgeliefert zu sein. Das gemeinsame Nachdenken über die Ziele der Schule und die systemimmanenten Widersprüche bildet im Weiteren die Voraussetzung dafür, dass Lehrpersonen und Schulleitungen den Raum nutzen und vergrössern können, um Schule im Sinn der integrativen Zielsetzung zu gestalten, so weit dies unter den gegebenen Bedingungen möglich ist.

Das allein reicht jedoch nicht. Es braucht auch Veränderungen auf der bildungspolitischen Ebene. Was heisst das im Hinblick auf die Gruppe der besonders benachteiligten, leistungsschwächsten, schwierigsten und deshalb anspruchsvollsten Schüler und Schülerinnen im A-Zug? Nimmt die Gesellschaft den Inklusionsgedanken ernst, muss sie die Einteilung in vorgegebene Leistungszüge auf der Sekundarschulstufe aufgeben. Damit würde auch die Primarschule davon entlastet, die Kinder schon während des letzten Schuljahres entsprechend der Leistungszüge einteilen zu müssen. Unnötiger Leistungsdruck und verstärktes Konkurrenzdenken würden verhindert und die Kinder, die heute dem A-Zug zugeteilt werden, würden nicht bereits in der Primarschule stigmatisiert. Der Verzicht auf Leistungszüge schliesst nicht aus, dass die Schülerinnen und Schüler in gewissen Fächern in Leistungsgruppen unterrichtet werden.

Es wäre eine im Grunde einfache Lösung im Sinne der integrativen Idee. Man muss sie politisch nur wollen. Die Gesellschaft muss sich bewusst sein: Der politische Entscheid für eine dreigliedrige Sekundarschule I war und ist ein Entscheid gegen die integrative Schule.

Anmerkungen

1 Unter Inklusion wird hier die vollständige und ausnahmslose Integration im Bildungswesen verstanden, während im Konzept der integrativen Schule auch separate Unterrichtsformen vorgesehen sind, das übergeordnete Ziel jedoch die Inklusion ist.

2 Basel-Stadt war, was diese Namensgebung betrifft, eine Ausnahme. In den anderen Kantonen gingen die leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler in der Regel in die Sekundarschule, die leistungsschwächeren in die Realschule.

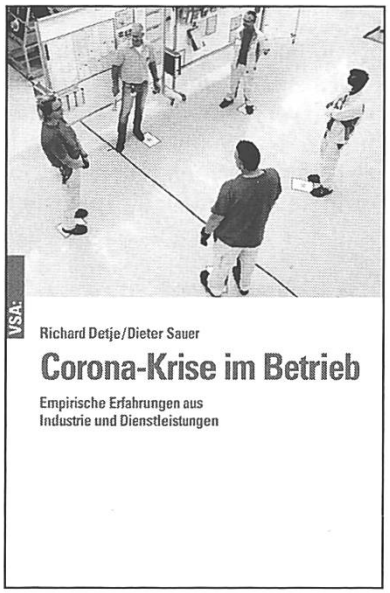
Literatur

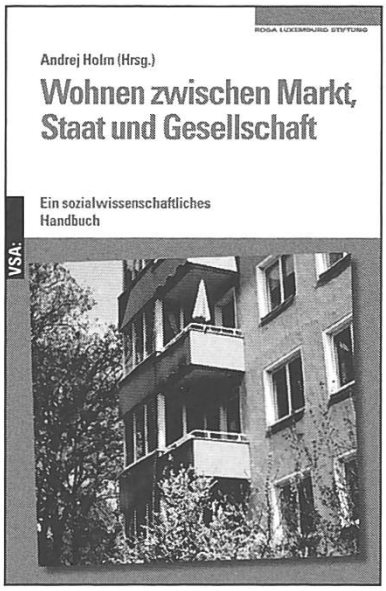
Baumann, Zygmunt, 2005: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Hamburg

Reckwitz, Andreas, 2020: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin

Richard Detje / Dieter Sauer
Corona-Krise im Betrieb
Empirische Erfahrungen aus Industrie
und Dienstleistungen
144 Seiten | EUR 12.80
ISBN 978-3-96488-097-0

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf den »Infektionsherd Betrieb« aus? Anhand einer Befragung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter*innen wagen die Autoren eine Zwischenbilanz zur »Jahrhundertkrise«. Ihre Auswertung erlaubt Einblicke in ein noch längst nicht abgeschlossenes Prozessgeschehen und gibt wertvolle Hinweise für die zukünftige Gestaltung der Arbeitswelt.





Andrej Holm (Hrsg.)
Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft
Ein sozialwissenschaftliches Handbuch
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
248 Seiten | 2021 | EUR 16.80
ISBN 978-3-96488-080-2

Die Autor*innen behandeln die Geschichte der Wohnungsfrage seit der Industrialisierung. Analysiert werden zudem aktuelle Trends des Immobilien- und Wohnungsmarktes sowie Fragen räumlicher Ungleichheit, Entfremdung, Ausgrenzung und Diskriminierung. Und es geht um Alternativen: Wie ist der Widerspruch zwischen Wohnen als Zuhause und Wohnen als Immobilie aufzulösen? Wo kann angesetzt werden, um eine sozial gerechte Wohnungspolitik zu erkämpfen?

René Baumer
Von Verzweiflung und der Sehnsucht nach Freiheit
Bericht und Zeichnungen eines Überlebenden der Konzentrationslager Neuengamme, Stöcken und Bergen-Belsen
Aus dem Französischen von Marion Fisch
136 Seiten | in Farbe | Halbleinen | EUR 16.80
ISBN 978-3-96488-082-6

Die Erinnerungen von René Baumer, der 1944 als Résistance-Angehöriger von der Gestapo verhaftet wurde, an die kaum beschreibbaren Erlebnisse in deutschen Konzentrationslagern sind ein eindrückliches Zeugnis gegen das Vergessen.

www.vsa-verlag.de